



Lebensmittelverschwendung. Nicht mehr appetitlich? Oder einfach keinen Hunger drauf? Dann ab damit in die Tonne! Fast elf Millionen Tonnen Lebensmittel wandern in Deutschland jedes Jahr in den Müll. Die größten Verschwender sind mit fast 60 Prozent des Aufkommens die Verbraucher, doch auch im Handel, der Gastronomie, in der Lebensmittelherstellung sowie auf den Bauernhöfen wird Essen regelmäßig weggeworfen. Eine Initiative, die die Lebensmittelverschwendung reduziert, ist das Plattformunternehmen Too Good To Go. Deutschland-Geschäftsführer Wolfgang Hennen erläutert im iwd-Interview, warum so viele Menschen seine App nutzen. —> [Seiten 2-5](#)

Metall- und Elektro-Industrie

Die globalen Krisen stellen die deutsche M+E-Branche vor große Herausforderungen. Vor allem das Verhältnis zu China ist ambivalent.

—> [Seiten 8-9](#)

Europäische Union

Das Bildungsniveau in Europa ist in den vergangenen 20 Jahren gestiegen. Handlungsbedarf im Bildungssystem besteht dennoch – das gilt auch für Deutschland.

—> [Seiten 14-15](#)

131 Kilogramm für die Tonne

Lebensmittelverschwendung. In Deutschland werden jedes Jahr Millionen Tonnen Nahrungsmittel weggeworfen, die noch genießbar sind. Für mehr als die Hälfte dieser Verschwendung sind die Verbraucher verantwortlich, die häufig zu große Mengen einkaufen und aus Unkenntnis noch Verzehrfähiges entsorgen.

27 Kilogramm Obst und Gemüse, zwölf Kilogramm zubereitete Speisen, zehn Kilogramm Brot und Gebäck, neun Liter Säfte und andere Getränke, sieben Liter Milch und Joghurt, fünf Kilogramm Schokolade, Chips und Süßigkeiten, vier Kilogramm Fertigprodukte, drei Kilogramm Fleisch und Wurst – was wie eine mehr oder weniger ausgewogene Ernährungspyramide klingt, landet leider im Müll. Denn das sind die Mengen, die jeder Bundesbürger pro Jahr wegschmeißt (Grafik):

Im Jahr 2020 warfen Verbraucher in Deutschland im Schnitt 78 Kilogramm Lebensmittel weg.

Mit knapp 60 Prozent tragen die privaten Haushalte den größten Anteil am Food Waste. Doch auch anderswo landet Essbares regelmäßig in der Tonne: Gaststätten, Restaurants und Kantinen steuern 17 Prozent zur Lebensmittelverschwendung in Deutschland bei, während der Verarbeitung landen 15 Prozent im Müll und im Handel immerhin noch 7 Prozent (Grafik Seite 3). Während der Primärproduktion – also auf den Feldern, in den Ställen und im Meer – geraten nur 2 Prozent der Nahrungsmittel unter die Räder. Das liegt auch daran, dass Verluste, die vor oder während der Ernte oder

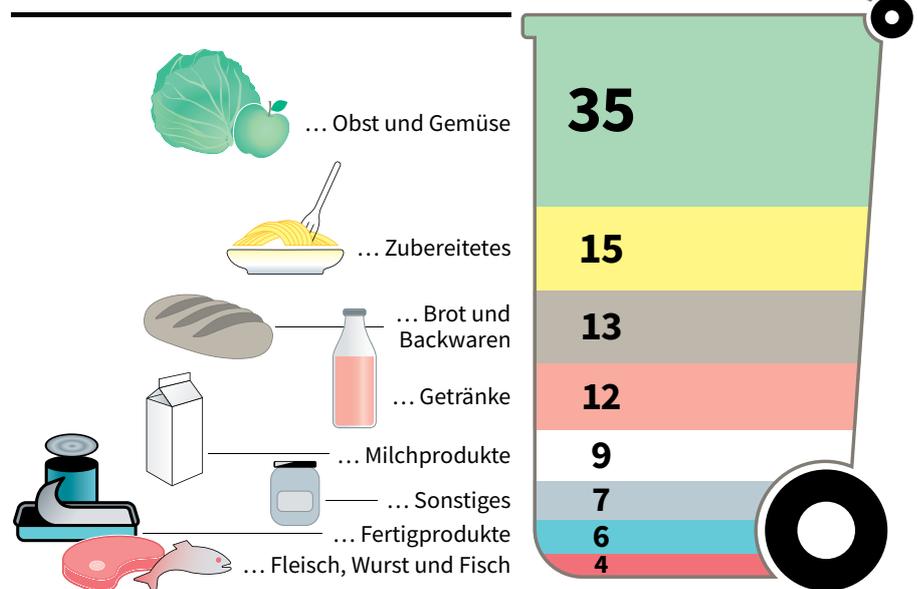
Schlachtung entstehen, sowie solche Lebensmittel, die in hofeigenen Biogasanlagen landen, von der Statistik nicht erfasst werden.

Rechnet man nun all diese Mengen zusammen, ergibt sich für das Jahr 2020 – neuere Daten liegen nicht vor – ein Berg von weggeworfe-

nen Lebensmitteln in Deutschland, der fast elf Millionen Tonnen wiegt. Legt man diese Menge auf alle Einwohner um, ergibt sich eine Pro-Kopf-Verschwendung von 131 Kilogramm. Mit diesem Aufkommen steht die Bundesrepublik noch nicht mal an der Spitze (Grafik Seite 4):

Lebensmittel: Was werfen wir weg?

So viel Prozent der Lebensmittelabfälle der privaten Haushalte im Jahr 2020 in Deutschland entfielen auf...



78 Kilogramm warf jeder Verbraucher im Schnitt 2020 weg

Der EU-weit größte Lebensmittelverschwender war im Jahr 2020 Dänemark mit 221 Kilogramm pro Kopf, gefolgt von Griechenland (191 Kilogramm) und Portugal (184 Kilogramm).

Weil in vielen Staaten aber auch deutlich weniger weggeschmissen wird, ergibt sich ein EU-Durchschnittswert von 127 Kilogramm verschwendeter Lebensmittel je Einwohner für das Jahr 2020.

Weltweit wird etwa ein Drittel aller Lebensmittel weggeworfen. Kalendarisch ausgedrückt heißt das: Sämtliche Nahrungsmittel, die bis zum 2. Mai eines Jahres produziert werden, landen früher oder später in der Tonne. Das ist nicht nur eine ungeheure Ressourcenverschwendung, sondern belastet auch das Klima. Denn diese nicht verzehrten Lebensmittelmengen verursachen Jahr für Jahr mehr als 38 Millionen Tonnen Treibhausgas. Dass außerdem massenhaft Essbares weggeworfen wird, während weltweit Millionen von Menschen hungern, ist überdies ein großes humanitäres Problem.

Dabei gibt es ein Menschenrecht auf angemessene Ernährung, für das sich seit dem Jahr 2000 der jeweilige Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen einsetzt. Außerdem hat die UN-Vollversammlung den 29. September zum International Day of Awareness of Food Loss and Waste ausgerufen, der an das im Rahmen der Agenda 2030 gesteckte Ziel erinnert, die weltweite Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

Was lässt sich im Einzelnen tun?

Weil Lebensmittel verderblich sind, ist es sinnvoll, den Verschwendungskampf primär lokal zu organisieren.

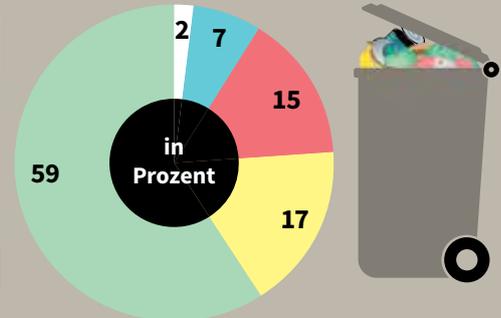
In Frankreich etwa sind Supermärkte mit einer Ladenfläche von mehr als 400 Quadratmetern seit Februar 2016 gesetzlich verpflichtet,

Lebensmittelabfälle in Deutschland: Wo sie entstehen

So viele Millionen Tonnen Lebensmittel wurden 2020 in Deutschland weggeworfen

Landwirtschaft, Jagd, Fischerei und Aquakultur	0,2
Handel	0,8
Verarbeitung	1,6
Außer-Haus-Verpflegung	1,9
Private Haushalte	6,5
Insgesamt	10,9

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2023 IW Medien / iwd



iwd

Partnerschaften mit der Tafel oder anderen Hilfsorganisationen abzuschließen, die die unverkauften, aber noch brauchbaren Lebensmittel abnehmen. Betriebe, die sich nicht daran halten und Essbares entsorgen oder ungenießbar machen, müssen vom Umsatz abhängige Strafen zahlen.

Paris gewährt ihnen im Gegenzug zur Spende Steuererleichterungen: Die Supermärkte können 60 Prozent des Einkaufspreises der abgegebenen Waren von der Steuer absetzen. Seit 2018 gilt das Gesetz gegen die Lebensmittelverschwendung auch für den Großhandel, größere Lebensmittelhersteller sowie Großkantinen.

Tschechien hat ebenfalls ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung verabschiedet. Dort müssen Supermärkte – genau wie in Frankreich ab 400 Quadratmetern Verkaufsfläche – seit fünf Jahren abgelaufene Lebensmittel spenden. Unternehmen, die dagegen verstoßen, drohen bis zu 400.000 Euro Strafe. Und auch in Dänemark und Italien existieren Regeln, die das Spenden von Lebensmitteln fördern.

In Deutschland gibt es bislang keine verbindlichen Gesetze gegen das Verschenden von Nahrungsmitteln.

Zwar hat der Bund im Februar 2019 eine „Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung“ vorgelegt, wonach die Menge der weggeworfenen Nahrungsmittel auf Einzelhandels- und Verbraucherebene bis 2030 halbiert werden soll. Und auch der Koalitionsvertrag der Ampelregierung sieht vor, „gemeinsam mit allen Beteiligten die Lebensmittelverschwendung verbindlich branchenspezifisch zu reduzieren“.

Doch bislang gibt es nichts Verbindliches. Einen ersten Vorstoß haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und Bundesjustizminister Marco Buschmann nun im Januar unternommen: Sie plädierten dafür, dass das Herausholen von weggeworfenen Lebensmitteln aus Supermarkt-Abfallcontainern – in den meisten Fällen künftig nicht mehr als Diebstahl gelten soll. Noch im Sommer 2020 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Containern in Deutschland eine Straftat bleibt, wenn dafür ein fremdes Grundstück betreten wird. Wer Lebensmittel aus Supermarktmülleimern entnimmt, gilt als Dieb.

Der Handel sträubt sich allerdings gegen den Vorstoß, das Containern zu legalisieren, und verweist auf mögliche Gesundheitsgefahren durch weggeschmissene Lebensmittel. So landen aufgrund von Warenrückrufen auch immer wieder Produkte im Abfall, die beispielsweise Glassplitter oder gefährliche Substanzen enthalten können. Weil die Unternehmen in Deutschland für ihren Müll haften, befürchtet der Handel Schadenersatzklagen, sollte das Containern legal werden.

Recht erfolgreich entwickeln sich dagegen digitale Geschäftsmodelle wie „Too Good to Go“.

Mithilfe dieser App können Kunden übrig gebliebene Nahrungsmittel von Cafés, Supermärkten, Restaurants und Bäckereien zu einem vergünstigten Preis erwerben. Das dänische Start-up hat in Deutschland mittlerweile mehr als neun Millionen Nutzer, die in rund 16.000 Betrieben einkaufen können.

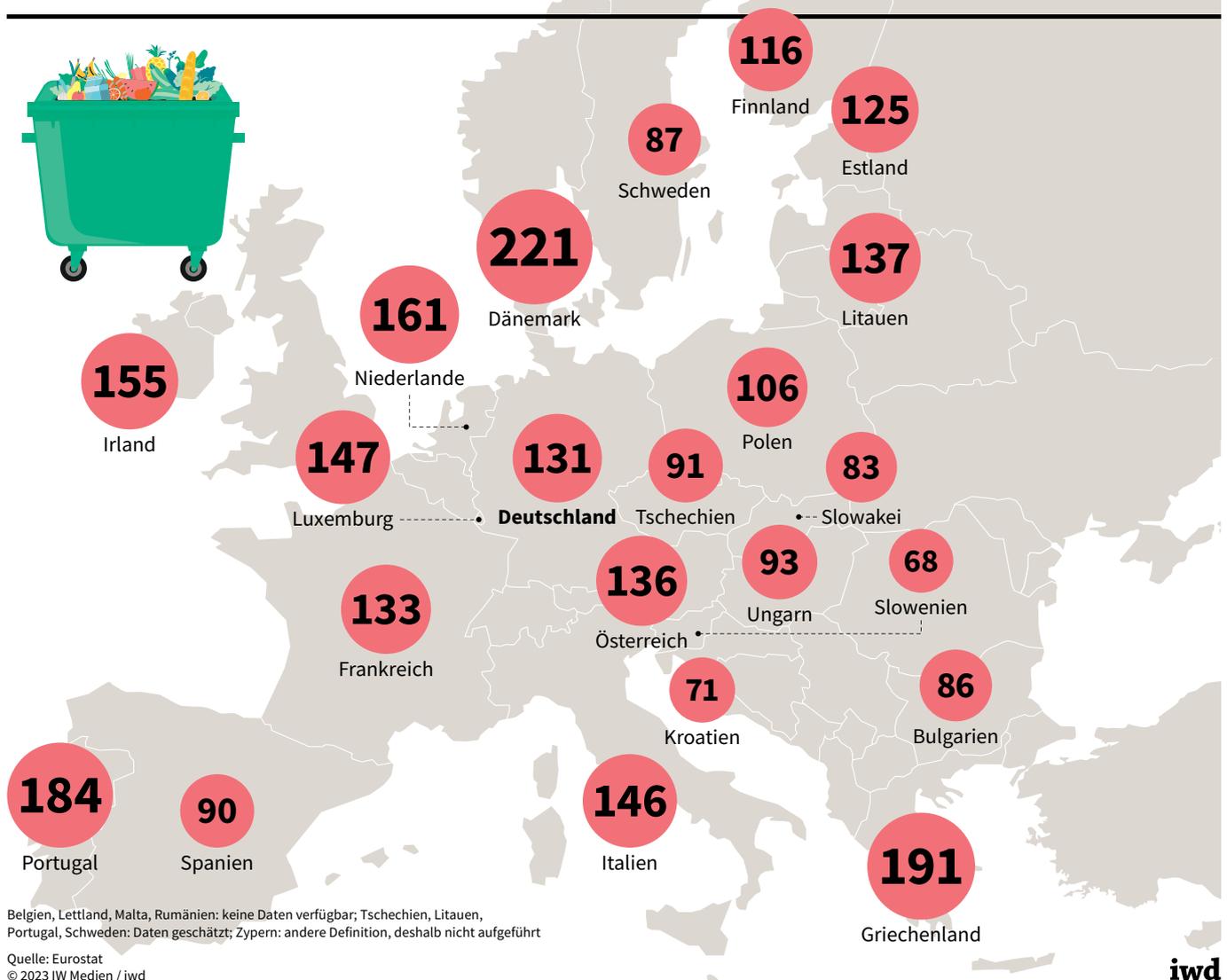
Da der größte Anteil der Lebensmittel jedoch in Privathaushalten weggeworfen wird, müssen sich in erster Linie die Verbraucher fragen, wie sie für weniger Essensabfälle sorgen können. Hier ist offensichtlich Erfahrung von Vorteil: Haushalte, in denen ältere Menschen leben,

werfen nämlich tendenziell weniger weg, während jüngere Haushaltsvorstände mehr potenziell verwertbare Lebensmittel entsorgen.

Neben einer besseren Einkaufsplanung und korrektem Lagern rät das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft Verbrauchern unter anderem auch dazu, das Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln nicht so ernst zu nehmen. Stattdessen sollte man abgelaufene und damit vermeintlich ungenießbare Produkte anschauen, an ihnen riechen und sie vorsichtig kosten. Ist alles in Ordnung, spricht nichts gegen den Verzehr.

Lebensmittel: Wer schmeißt wie viel weg?

So viele Kilogramm Lebensmittel wurden 2020 in der EU-27 je Einwohner weggeworfen



Interview. Das Plattformunternehmen Too Good To Go bringt erfolgreich Betriebe, die übrig gebliebene Lebensmittel und Speisen abgeben wollen, und preisbewusste Verbraucher zusammen. Warum alle Beteiligten von dieser Idee profitieren, erläutert **Wolfgang Hennen**, Geschäftsführer Deutschland von Too Good To Go.

„In unserem Geschäftsmodell gibt es keine Verlierer“



© Too Good To Go

Wann haben Sie das letzte Mal Essen weggeworfen?

Leider machen wir das ja alle und auch regelmäßig. Ich glaube aber, dass ich im Durchschnitt sehr viel weniger wegwerfe als der durchschnittliche Bürger.

Warum schmeißen wir so viele Lebensmittel weg?

Ich bin seit zwei Jahrzehnten in der Lebensmittelbranche tätig und ich beobachte, dass wir alle die Verbindung und die Nähe zu den Nahrungsmitteln mehr und mehr verloren haben. Früher hatten die Verbraucher eine wesentlich bessere Produktkenntnis, auch hinsichtlich dessen, was noch genießbar ist und was nicht mehr. Deswegen haben wir eine Kampagne mit dem Titel „Oft länger gut“ gestartet, wo wir versuchen, aufzuklären, wie man erkennt, was noch verzehrt werden kann. Das Mindesthaltbarkeitsdatum hat diesbezüglich zu einer vollkommen verzerrten Wahrnehmung geführt.

Sie haben in Deutschland mehr als neun Millionen Nutzer. Gibt es einen Prototyp?

Nein, es gibt keinen und das hat uns selbst erstaunt. Wir dachten, wir seien als Start-up stark vertreten bei der jüngeren, urbanen Bevölkerung, die ein ausgeprägtes Nachhaltigkeitsbewusstsein mitbringt – und so war es zu Beginn wahrscheinlich auch. Mittlerweile haben wir den kompletten Querschnitt der Bevölke-

rung auf der Plattform, da sind Senioren, Alleinerziehende, Großfamilien, Studenten und Schüler dabei.

Wie soll es für ihr Unternehmen weitergehen?

Im vergangenen Jahr sind wir um 100 Prozent gewachsen, wir haben uns 2022 also quasi verdoppelt. In diesem Jahr wollen wir um weitere 50 Prozent wachsen. Das ist mit sehr viel Überzeugungsarbeit verbunden, denn es ist schwer, neue Partnerbetriebe zu gewinnen. Lebensmittelverschwendung ist mit Scham belegt und diese Scham müssen die Unternehmen erst einmal überwinden, bevor sie mit uns zusammenarbeiten.

Aktuell haben wir ungefähr 16.000 Partnerbetriebe in Deutschland, wir retten pro Tag mehr als 40.000 Mahlzeiten, im Monat sind es zwischen einer und anderthalb Millionen Mahlzeiten. Und das ist immer noch nur ein Bruchteil der Lebensmittelverschwendung. Unser Traum ist es, einen Planeten ohne Lebensmittelverschwendung zu haben. Da können wir mit unserer Plattform einen Beitrag leisten. Darüber hinaus investieren wir in Aufklärung und wir werden unsere Zusammenarbeit mit den Partnerbetrieben verstärken, um gemeinsam nach Lösungen gegen die Lebensmittelverschwendung zu suchen.

Ist eine Ausweitung geplant? In anderen Ländern kann man mit

der Too-Good-To-Go-App auch Pflanzen erstehen.

Nein, wir wollen uns auf die Lebensmittelverschwendung fokussieren.

Schreiben Sie schwarze Zahlen?

Ja, wir schreiben in Deutschland seit Mitte 2022 schwarze Zahlen und auf globalem Niveau seit November 2022. Das ist das Einzigartige an unserem Geschäftsmodell: Es gibt keine Verlierer. Der Händler gewinnt, weil er seine Ware noch für 30 Prozent des ursprünglichen Verkaufspreises absetzen kann und Kundenschaft in den Laden bekommt, die sonst nicht käme. Der Kunde gewinnt, weil er gute Lebensmittel für einen niedrigeren Preis erhält. Und auch die Umwelt profitiert, wenn Lebensmittel verzehrt statt weggeworfen werden.

Leiden die Tafeln nicht darunter, wenn Supermärkte und Restaurants ihre überschüssige Ware über Ihre App verkaufen, statt sie an Bedürftige zu spenden?

Wir sind komplementär zu den Tafeln, weil wir dieser Organisation gar nicht in die Quere kommen. Die Tafeln haben feste Abholzeiten, sie brauchen eine gewisse Grundmenge und es gibt einige Lebensmittel, die die Tafeln gar nicht annehmen dürfen, wie belegte Brötchen. Wir arbeiten übrigens auch mit vielen Betrieben zusammen, wo wir mit den Tafeln gemeinsam Lebensmittel retten.

Wie groß der Integrationsbedarf ist

Zuwanderung. Über Migranten wird in Deutschland viel diskutiert. Dabei ist über den Stand der Integration oft nur wenig bekannt. Indizien liefert der Blick auf die Staatsangehörigkeit des Nachwuchses – er zeigt einen eindeutigen Trend und zugleich große regionale Unterschiede.

Im Jahr 2000 hat Deutschland sein Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Seither erlangen alle in der Bundesrepublik geborenen Kinder automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft – vorausgesetzt, mindestens ein Elternteil hält sich seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland auf und hat ein unbefristetes Aufenthaltsrecht. Dadurch haben in der Regel nur noch jene Kinder keinen deutschen Pass, die entweder erst kürzlich selbst ins Land gekommen sind oder deren Eltern sich noch nicht lange hier aufhalten.

Aus Sicht von Wirtschaftsforschern ist dieser Umstand ein gutes Indiz für den Integrationsbedarf – schließlich brauchen vor allem jene Menschen besondere Unterstützung, die neu in einem Land sind, also Sprache und Kultur kaum kennen. Zudem lassen sich mittels Staatsangehörigkeit jene Regionen ermitteln, in denen besonders viele Kinder mit aktueller Migrationserfahrung leben.

In Deutschland insgesamt ist die Entwicklung eindeutig, wie eine neue IW-Studie zeigt (Grafik):

Im Jahr 2021 erhielten 13,4 Prozent der in der Bundesrepublik

geborenen Kinder nicht automatisch den deutschen Pass, in den frühen 2010er Jahren waren es noch weniger als 5 Prozent.

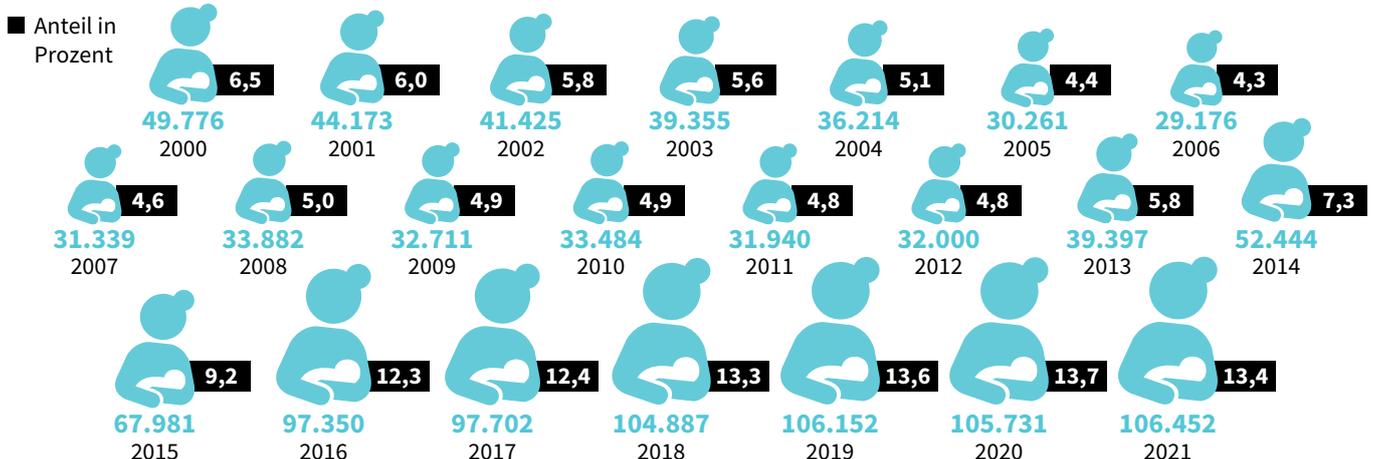
Die Zahl der Geburten ohne Erwerb der Staatsbürgerschaft liegt seit 2016 relativ konstant um 100.000 pro Jahr. Aufgrund des russischen Angriffskriegs und der Flucht vieler Ukrainer nach Deutschland könnte die Zahl künftig steigen.

Schaut man auf die einzelnen Bundesländer, gibt es riesige Unterschiede:

Während im Jahr 2020 in Bremen fast ein Viertel der Kinder

Deutsche Staatsbürgerschaft: Immer seltener mit der Geburt

So viele Kinder wurden im jeweiligen Jahr in Deutschland geboren, ohne automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten. Seit der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält ein hier geborenes Kind die Staatsbürgerschaft, wenn sich mindestens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt des Nachwuchses seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

qua Geburt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erlangte, lag der Anteil in Mecklenburg-Vorpommern nur bei knapp 8 Prozent.

Auf der Ebene der sogenannten NUTS2-Regionen, die sich vor allem an den Regierungsbezirken orientieren, lag Düsseldorf – dazu zählen auch Teile des Ruhrgebiets – mit 17,9 Prozent an der Spitze. Am anderen Ende der Statistik rangierte die Region Dresden mit nur 7,3 Prozent.

Allerdings ist der Geburtsort nicht zwangsläufig der, in dem Familien mit ihren Kindern dauerhaft wohnen. Deshalb ist es sinnvoll, sich anzuschauen, wo die unter 15-Jährigen leben, die keinen deutschen Pass haben. In der Betrachtung nach Bundesländern und NUTS2-Regionen steht erneut Bremen an der Spitze (Grafik):

Ende 2020 hatten in Bremen fast 24 Prozent der unter 15-Jährigen keinen deutschen Pass, im Regierungsbezirk Darmstadt waren es knapp 18 Prozent, in Berlin 17,5 Prozent.

Insgesamt liegen die Quoten im Süden und Westen Deutschlands deutlich über jenen im Osten – von Berlin einmal abgesehen.

Generell machen die Daten deutlich, dass der Handlungsbedarf sehr unterschiedlich ist. Deshalb müssen der Bund und die Bundesländer betroffene Städte und Regionen finanziell unterstützen. Der Wohnort und dessen finanzielle Lage dürfen nicht darüber entscheiden, ob Integration gelingt oder nicht.

Dabei gilt es auch zu beachten, dass hier geborene junge Menschen ganz andere Unterstützungsbedarfe haben als Kinder, die erst während ihrer Schullaufbahn nach Deutschland wechseln und bei denen häufig viel weitreichendere Lernlücken geschlossen werden müssen.

Zudem ist noch auf eine ganz andere Problematik hinzuweisen, die

Deutsche Staatsbürgerschaft: Gewaltige Unterschiede beim Nachwuchs

So viel Prozent der unter 15-jährigen Einwohner besaßen Ende 2020 in diesem Bundesland (■) oder in dieser NUTS2-Region keine deutsche Staatsbürgerschaft

Bremen	23,6	Rheinland-Pfalz	13,3
Darmstadt, Regierungsbezirk	17,8	Köln, Regierungsbezirk	12,8
Berlin	17,5	Weser-Ems, Statistische Region	12,8
Düsseldorf, Regierungsbezirk	17,3	Bayern	12,5
Hessen	16,4	Niederbayern, Regierungsbezirk	12,5
Saarland	16,3	Detmold, Regierungsbezirk	12,2
Arnsberg, Regierungsbezirk	15,7	Tübingen, Regierungsbezirk	12,2
Hamburg	14,8	Niedersachsen	12,1
Nordrhein-Westfalen	14,8	Koblenz, Statistische Region	11,9
Trier, Statistische Region	14,6	Schwaben, Regierungsbezirk	11,7
Mittelfranken, Regierungsbezirk	14,3	Braunschweig, Statistische Region	11,6
Rhein Hessen-Pfalz, Statistische Region	14,0	Oberpfalz, Regierungsbezirk	11,5
Stuttgart, Regierungsbezirk	13,9	Schleswig-Holstein	10,9
Hannover, Statistische Region	13,9	Unterfranken, Regierungsbezirk	9,9
Karlsruhe, Regierungsbezirk	13,8	Lüneburg, Statistische Region	9,4
Münster, Regierungsbezirk	13,8	Oberfranken, Regierungsbezirk	9,2
Oberbayern, Regierungsbezirk	13,7	Leipzig, Statistische Region	8,8
Freiburg, Regierungsbezirk	13,7	Sachsen-Anhalt	8,6
Kassel, Regierungsbezirk	13,7	Thüringen	7,8
Gießen, Regierungsbezirk	13,6	Brandenburg	7,2
Baden-Württemberg	13,6	Sachsen	6,9
		Mecklenburg-Vorpommern	6,6
		Chemnitz, Statistische Region	6,2
		Dresden, Statistische Region	6,1

NUTS2: Aufteilung eines Landes in mittelgroße Regionen, oft Regierungsbezirke
Statistische Region: gemäß NUTS2-Aufteilung, ähnlich Regierungsbezirk, in der Regel Stadt inklusive Umland

Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

eng mit der Staatsbürgerschaft verknüpft ist: Werden junge Menschen ohne deutschen Pass hier volljährig, bleibt ihnen das Wahlrecht verwehrt, ebenso viele Jobs im öffentlichen Dienst. Städte und Gemeinden mit besonders vielen Ausländern verlieren dann relativ zur Bevölkerungsgröße merklich an politischem Gewicht – und die Zugewanderten können keine Abgeordneten wählen, die ihre Interessen vertreten.

Entsprechend wäre es sinnvoll, dass Kinder die deutsche Staatsbürgerschaft bereits nach kürzerem Aufenthalt der Eltern in Deutschland erhalten. Voraussetzung dafür sollte

allerdings bleiben, dass sich hieraus kein langfristiges Aufenthaltsrecht für die ganze Familie ableitet, das ansonsten nicht bestehen würde.

Darüber hinaus sollte der Staat darüber nachdenken, ob und wie Menschen auf anderen Wegen offiziell Deutsche werden können, wenn sie in ihrer Kindheit vollständig oder weitgehend hier gelebt haben.

IW-Report 1/2023

Wido Geis-Thöne: Integrationsbedarfe von Kindern im regionalen Vergleich – Ein Vergleich der Anteile der Kinder ohne deutsche Staatsangehörigkeit
iwkoeln.de/kinder-integration

Das China-Dilemma

Metall- und Elektro-Industrie. Für die deutsche Wirtschaft ist die M+E-Industrie eine tragende Säule. Neben hoher Wertschöpfung sichert sie auch viele Arbeitsplätze. Ihre internationale Verflechtung stellt die Branche im Zuge der globalen Krisen vor Herausforderungen. China bleibt dabei für die deutsche Metall- und Elektro-Industrie ein zweiseitiges Schwert.

Um die große Relevanz der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland zu verdeutlichen, reichen einige wenige Kennzahlen. So war die Branche im Jahr 2021 für 13,4 Prozent der Bruttowertschöpfung des Landes verantwortlich. Ihr Anteil am gesamten Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes liegt bei 59 Prozent. Etwa 63 Prozent aller Industriebeschäftigten arbeiten in Betrieben der Metall- und Elektro-Industrie – das sind mehr als 3,9 Millionen Menschen.

Und auch auf indirektem Weg hat die Branche Einfluss auf die Gesamtwirtschaft. So liegt die Vorleistungsintensität seit vielen Jahren konstant über 60 Prozent. Das bedeutet, jeder erwirtschaftete Euro in einem Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie führt zu einer zusätzlichen Wertschöpfung von mehr als 60 Cent in einer anderen deutschen Firma.

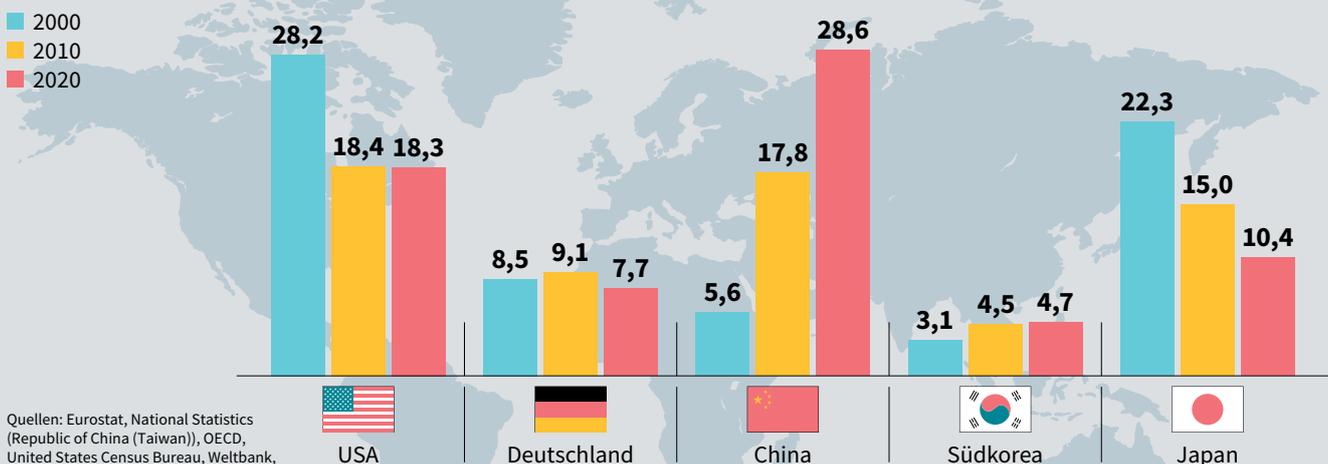
Die starke Stellung der deutschen M+E-Industrie zeigt sich zudem im internationalen Vergleich:

Gemeinsam mit China, den USA und Japan gehört Deutschland zu den Ländern mit der höchsten Bruttowertschöpfung in der M+E-Wirtschaft weltweit.

International ist ein gutes Stichwort für die Metall- und Elektro-Betriebe. Sie sind durch ihren hohen Anteil an Vorleistungen global sehr stark vernetzt. Auf der einen Seite ist das von Vorteil. Die Firmen profitieren von den internationalen Beziehungen und der Vielzahl an Absatzmärkten. So exportierte Deutschland

M+E-Wirtschaft: China dominiert inzwischen den Weltmarkt

Anteil an der weltweiten Bruttowertschöpfung der M+E-Wirtschaft in Prozent



im Jahr 2020 pro Kopf M+E-Waren im Wert von mehr als 10.000 Dollar. Andererseits birgt die Verflechtung Gefahren. In der Corona-Pandemie fehlten wegen gestörter Lieferketten in vielen Unternehmen Teile für die eigene Produktion, die daraufhin heruntergefahren oder sogar unterbrochen werden musste.

Der größte internationale Konkurrent für Deutschland ist inzwischen China (Grafik Seite 8):

Die chinesische M+E-Wirtschaft hat ihren Weltmarktanteil von 5,6 Prozent im Jahr 2000 auf zuletzt 28,6 Prozent gesteigert.

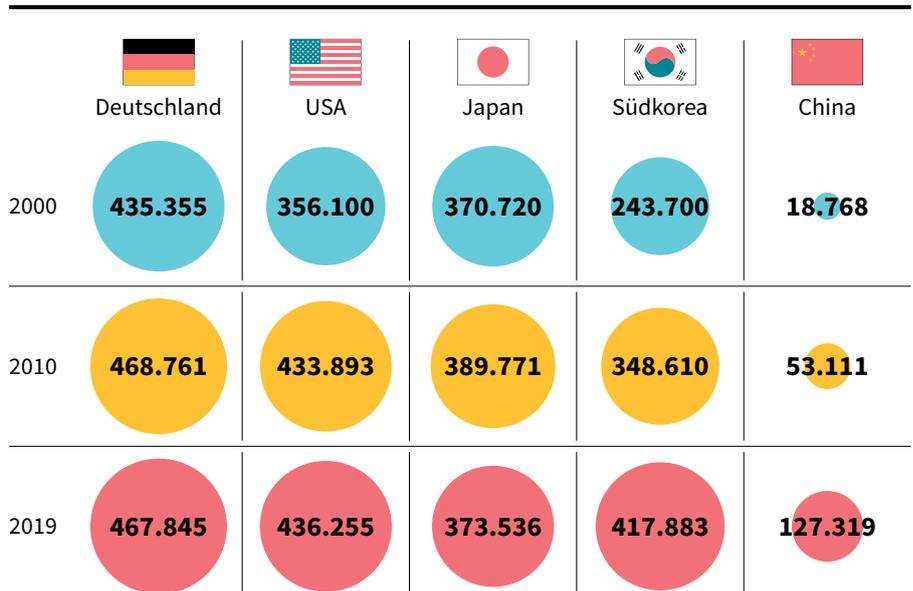
Deutschland kommt auf einen Anteil von 7,7 Prozent – im Vergleich zum Jahr 2000 hat die M+E-Wirtschaft der Bundesrepublik 0,8 Prozentpunkte eingebüßt, zeigt sich aber vergleichsweise robust. Die USA (18,3 Prozent) und Japan (10,4 Prozent) verloren im selben Zeitraum mit 10 beziehungsweise 12 Prozentpunkten deutlich mehr Weltmarktanteile.

Spitzenreiter China ist nicht nur ein bedeutender Konkurrent für die deutsche M+E-Industrie, sondern auch ein wichtiger Abnehmer von heimischen M+E-Produkten – besonders im Fahrzeugbau. Die Abhängigkeit vom Reich der Mitte ergibt sich ebenso aus der hohen Exportquote der deutschen Betriebe. Sie stieg von gut 50 Prozent zur Jahrtausendwende auf mehr als 65 Prozent im Jahr 2020. Von China aus geht nur ein gutes Fünftel der M+E-Produkte ins Ausland. Deutschland ist also viel stärker auf seine Auslandsgeschäfte angewiesen als China.

Die Spannungen zwischen China und der westlichen Welt haben zuletzt zugenommen. Die deutsche Politik möchte infolgedessen die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Volksrepublik verringern. Das wird für die M+E-Unternehmen zu einem Drahtseilakt, denn ohne China geht

China und Südkorea investieren stark

Kapitalstock je Erwerbstätigen in Dollar



Kapitalstock: Bestand an Sachkapital wie Fabriken, Bauten und Maschinen

Quellen: Penn World Tables (2022), Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd



es im Moment nicht. Bestehende Strukturen in anderen Ländern aus- oder neu aufzubauen sowie neue Absatzmärkte zu finden, sind zudem keine kurzfristig umsetzbaren Ziele. So stehen beispielsweise auf dem Automarkt insgesamt rund 25 Millionen jährliche Neuzulassungen in China etwa 3,5 Millionen in Indien und rund 3 Millionen in den südostasiatischen ASEAN-Staaten gegenüber.

Ein weiteres Problem: China baut seine Produktionsmöglichkeiten stark aus und verbessert so seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. In Zahlen drückt sich das am gewachsenen Kapitalstock aus. Er gibt den Bestand an Sachkapital wie Gebäuden, Fabriken und Maschinen an. Ein wachsender Kapitalstock spiegelt somit die Investitionen eines Landes wider (Grafik):

In China hat sich der Kapitalstock je Erwerbstätigen von 2000 bis 2019 fast versiebenfacht.

Mit gut 127.000 Dollar liegt das Reich der Mitte aber noch weit hinter

Deutschland, das einen Kapitalstock von fast 468.000 Dollar je Beschäftigten vorweisen kann. Hier konnte der Wert – auch aufgrund des hohen Ausgangsniveaus – im selben Zeitraum aber nur um 7,5 Prozent gesteigert werden.

Einen großen Sprung machte Südkorea. Mit einer Steigerung von rund 244.000 auf 418.000 Dollar näherten sich die Asiaten Deutschland deutlich an.

Die Entwicklung verdeutlicht: Die deutschen M+E-Unternehmen, auf die ein großer Teil der Innovationen und Patente im Land zurückgeht, müssen auch künftig in den eigenen Fortschritt investieren, um die gute Wettbewerbsposition zu halten. Zusammen mit den globalen Verschiebungen und Problemen steht die Branche vor schwierigen Zeiten.

Gutachten

Cornelius Bähr et al.: Neunter Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland, Gutachten im Auftrag von Gesamtmetall iwkoein.de/strukturbericht

Unehelich – na und?

Geburten. Rund jedes dritte Kind in Deutschland kommt nicht ehelich auf die Welt. Vor allem im Osten sind Frauen vergleichsweise häufig unverheiratet, wenn sie Nachwuchs bekommen. Und die meisten West-Babys mit unverheirateten Eltern erblicken nicht etwa in den großen Metropolen das Licht der Welt, sondern in drei mittelgroßen Städten.

Erst heiraten, dann an Nachwuchs denken – das war einmal. Noch Anfang der 1990er Jahre kamen gerade einmal 15 Prozent der Kinder in Deutschland nicht ehelich zur Welt, heute sind es mit rund 33 Prozent mehr als doppelt so viele.

Der Trend zum Baby ohne Trauschein ist allerdings ein Phänomen, das sich nicht nur auf Deutschland beschränkt (Grafik Seite 12):

Der Anteil der nicht ehelich geborenen Kinder ist in den EU-Ländern von rund 23 Prozent im Jahr 1998 auf nahezu 43 Prozent im Jahr 2019 gestiegen.

Einen großen Sprung gab es in den vergangenen Jahren unter anderem in Frankreich: Erblickten 1998 bereits gut 42 Prozent der Babys ohne verheiratete Eltern das Licht der Welt, stieg die Quote bis 2020 sogar auf 61 Prozent. Damit bekommen die Franzosen EU-weit die meisten unehelichen Kinder.

Auch in Portugal, Belgien und den Niederlanden ist der Anteil der unehelich geborenen Kinder in den vergangenen 20 Jahren deutlich gestiegen. Dort kommt gut jedes zweite Kind zur Welt, ohne dass die Eltern verheiratet sind. In Schweden ist das Niveau dagegen gleich hoch geblieben. In dem skandinavischen Land lag der Anteil der unehelich geborenen Babys sowohl 1998 als auch 2019 bei rund 55 Prozent.

Deutschland landet mit 33 Prozent auf den hinteren Rängen: Nur sechs andere EU-Länder hatten 2020 einen niedrigeren Wert.

In der Bundesrepublik unterscheidet sich die Einstellung zur Ehe zwischen Ost und West historisch bedingt deutlich. Dieses Ost-West-Gefälle wurzelt in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen vor der Wiedervereinigung. Die Ehe hatte in der Bundesrepublik einen weitaus höheren Stellenwert als in der DDR – ein Unterschied, der auch heute noch vielfach fortbesteht.

Das zeigt sich auch beim Nachwuchs: So kamen in Ostdeutschland zuletzt mit durchschnittlich rund 53 Prozent deutlich mehr Kinder nicht ehelich zur Welt als im Westen, wo der Anteil bei 29 Prozent lag (Grafik Seite 11):

Selbst im Kreis Eichsfeld, wo über ganz Ostdeutschland hinweg die wenigsten Neugeborenen unehelich zur Welt kamen, betrug die Quote immer noch 42 Prozent.

Dieser Wert ist nicht allzu weit entfernt vom Spitzenreiter in Westdeutschland: Pirmasens. Im Jahr 2021 hatten dort rund 50 Prozent der Kinder unverheiratete Eltern.

Die Tendenz in der Bundesrepublik zeigt aber insgesamt nach unten: 2017 lag die Quote der unehelich

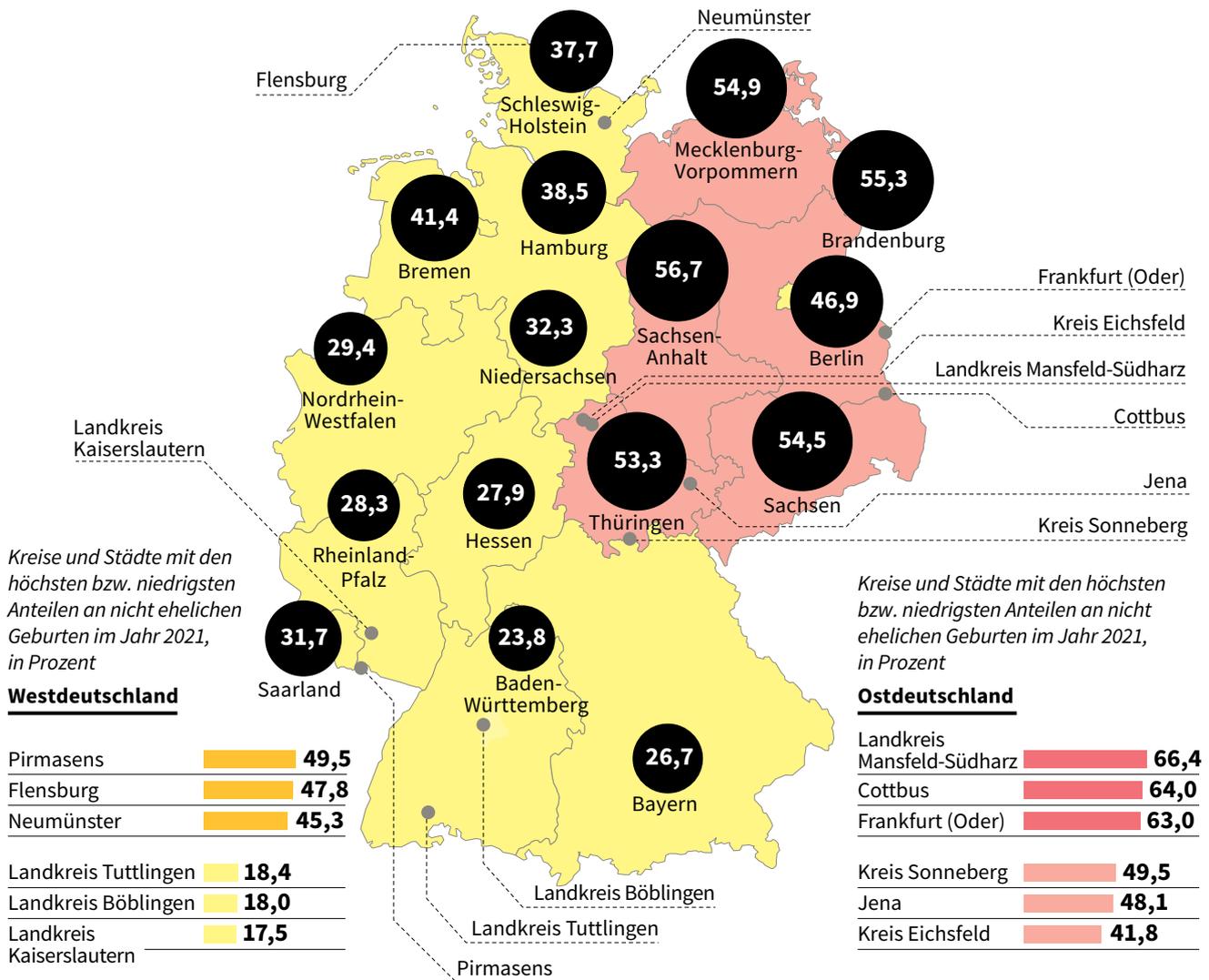


Aufgrund der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme vor der Wiedervereinigung hatte die Ehe in der Bundesrepublik einen weitaus höheren Stellenwert als in der DDR. Dieser Unterschied besteht vielfach bis heute fort.



Nicht eheliche Kinder: Starkes Ost-West-Gefälle

So viel Prozent der Neugeborenen im Jahr 2021 kamen nicht ehelich auf die Welt



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft © 2023 IW Medien / iwd

geborenen Kinder an allen Geburten noch bei 35 Prozent, seitdem sinkt sie kontinuierlich – und zwar auch in allen ostdeutschen Bundesländern. So befanden sich Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern 2013 mit einer Quote von rund 63 Prozent mit Abstand an der Spitze des Bundesländer-Rankings. Im Jahr 2021 sank der Anteil an unehelichen Kindern in beiden Bundesländern auf ungefähr 55 Prozent. Da die niedrigeren Quoten im Westen in etwa gleich geblieben sind, könnte dies erstmals auf eine leichte Annäherung zwischen Ost und West hindeuten.

Dieser jüngste Trend zeigt auch, dass sich viele Paare in Deutschland wieder der traditionellen familiären Lebensform zuwenden, sprich: heiraten. So ist die Zahl der Eheschließungen zuletzt deutlich gestiegen – von 374.000 im Jahr 2013 auf 416.000 im Jahr 2019. Bedingt durch die Coronapandemie gab es in den folgenden zwei Jahren allerdings wieder einen Rückgang auf nur noch 358.000 im Jahr 2021 – viele Paare dürften ihre Hochzeit verschoben haben.

Ein ebenfalls nicht zu vernachlässigender Grund für die Entwicklung ist die verstärkte Zuwanderung von Personen mit traditionelleren Familienbildern. So leben Zuwandererkinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit deutlich häufiger bei einem verheirateten Elternpaar als Kinder mit deutschen Eltern (siehe iwd 9/2022).

Weitere Geburtenphänomene im Einzelnen:

- Im Westen Deutschlands kommen die meisten Babys mit unverheirateten Eltern nicht in den großen Metro-

len zur Welt, sondern in drei mittelgroßen Städten – neben Pirmasens sind das Flensburg und Neumünster.

- In den Millionenstädten Köln und München wurden zuletzt 35 und 28 Prozent der Babys nicht ehelich geboren.
- Relativ selten sind uneheliche Geburten im Landkreis Kaiserslautern (17,5 Prozent), im Landkreis Böblingen (18 Prozent) und im Landkreis Tuttlingen (18,4 Prozent).
- Ländlich oder städtisch – das spielt im Osten keine Rolle. So kamen die meisten unehelichen Kinder im Landkreis Mansfeld-Südharz (66,4 Prozent) zur Welt, gefolgt von Cottbus (64 Prozent) und Frankfurt an der Oder (63 Prozent).
- Wie im Westen haben auch im Osten nicht die Großstädte die meisten unehelichen Geburten: In Leipzig wurden 2021 rund 56 Prozent der Kinder außerehelich geboren, in Berlin sogar nur 47 Prozent – allerdings nimmt die Hauptstadt als ehemals geteilte Stadt eine Sonderrolle ein.

Die Tatsache, dass in einigen Bundesländern immer noch viele Kinder außerehelich geboren werden, hat politische Implikationen. Um die Rechte und Pflichten der biologischen Väter neu zu definieren, wurde in Deutschland beispielsweise das Sorgerecht reformiert. Bis Mai 2013 hatten Väter von nicht ehelich geborenen Kindern keine Möglichkeit, gegen den Willen der Mutter das gemeinsame Sorgerecht auszuüben. Dies ist nun deutlich einfacher:

Auf Antrag des Vaters verfügen Familiengerichte auch ohne Zustimmung der Mutter das gemeinsame Sorgerecht für nicht eheliche Kinder – es sei denn, dies widerspricht dem Kindeswohl.

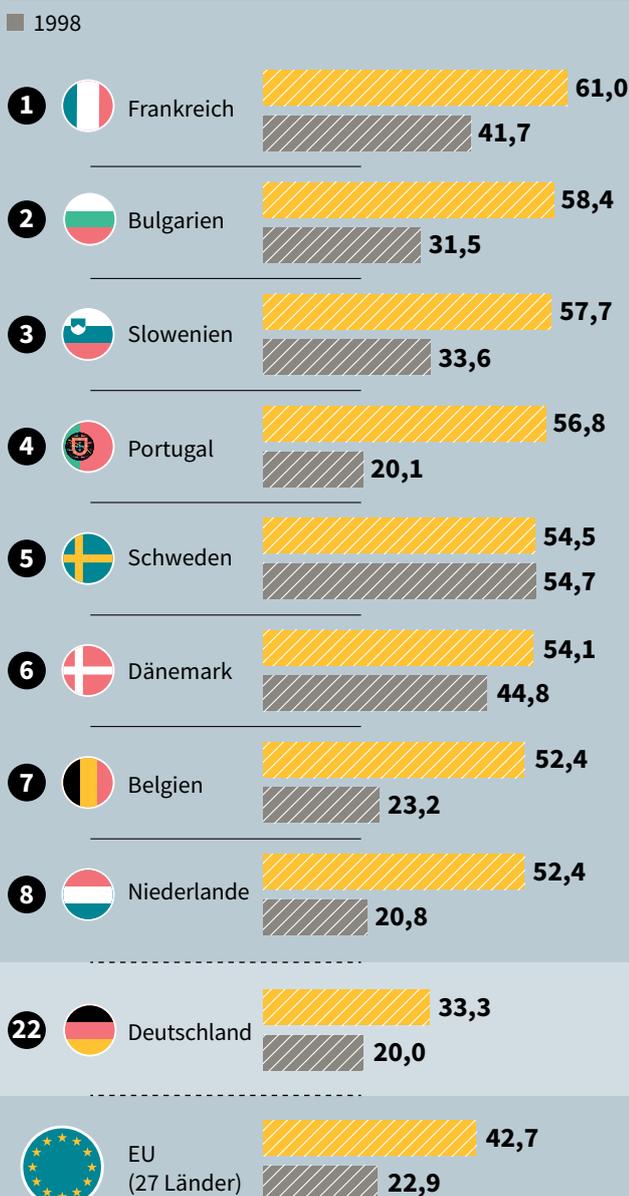
Außerdem steht biologischen Vätern seit der Sorgerechtsreform auch dann ein Umgangsrecht mit dem Kind zu, wenn zwischen beiden noch keine enge soziale Bindung besteht.

Die Rechte unehelicher Kinder wurden im Zuge der Unterhaltsreform gestärkt, die Anfang 2008 in Kraft getreten ist. Zuvor hatten Ex-Ehepartner in puncto Unterhalt häufig Vorrang gegenüber Kindern aus anderen Beziehungen. Seit der Reform stehen Unterhaltsansprüche minderjähriger Kinder grundsätzlich an erster Stelle – egal, ob sie ehelich oder unehelich geboren wurden.

Auch der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine größere Reform vor, die die Väterrechte weiter stärken soll. Dazu sollen rechtssichere Vereinbarungen, etwa zum Sorgerecht und Umgangsrecht – auch schon vor der Zeugung – möglich werden, was die Bedeutung der Ehe senken könnte. Wann die Änderung kommen wird und in welcher Form, ist allerdings noch nicht klar.

Nicht eheliche Geburten in der EU

EU-Länder mit dem größten Anteil an nicht ehelichen Geburten im Jahr 2019, in Prozent



Belgien: Daten von 2018

Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd

(Kein) Platz da

Wohnungsmarkt. Zu wenig Raum für zu viele Personen: In deutschen Großstädten leben Familien sowie Haushalte mit Migrationshintergrund oft in zu kleinen Wohnungen. Auf der anderen Seite haben 6 Prozent der Haushalte eher zu viel Platz. Die Energiekrise könnte dazu beitragen, dieses Missverhältnis zu reduzieren.

Ab in die Großstadt – für viele Menschen in Deutschland galt das in den vergangenen Jahren. Bei den einen waren die Jobchancen ausschlaggebend, bei anderen die Lebensqualität. Der Wohnungsmarkt in den Ballungszentren ist entsprechend angespannt und Mieter können sich weniger Wohnfläche leisten als auf dem Land (siehe iwd 21/2022).

Das IW ist nun der Frage nachgegangen, ob die Menschen in ihren städtischen Wohnungen grundsätzlich genug Platz haben. Das ist laut Studie dann nicht der Fall, wenn

weniger Wohnräume als Haushaltsmitglieder vorhanden sind. Das Studienergebnis (Grafik):

In deutschen Großstädten waren 2020 etwa 6 Prozent der Wohnungen überbelegt.

Besonders beengt ist die Wohnsituation vieler Zuwanderer. In jedem fünften Haushalt mit direktem Migrationshintergrund leben zu viele Personen in zu wenigen Räumen.

Da Singlehaushalte aufgrund der Abgrenzung aus der Statistik fallen – jede Wohnung hat schließlich mindestens einen Raum –, kommt eine weitere stark belastete Gruppe

zum Vorschein: die Familien. Ein Drittel von ihnen lebt in Großstädten in zu kleinen Wohnungen.

Gleichzeitig wohnen 6 Prozent der großstädtischen Haushalte überdimensioniert – ihnen stehen mindestens drei Räume mehr zur Verfügung, als es Haushaltsmitglieder gibt.

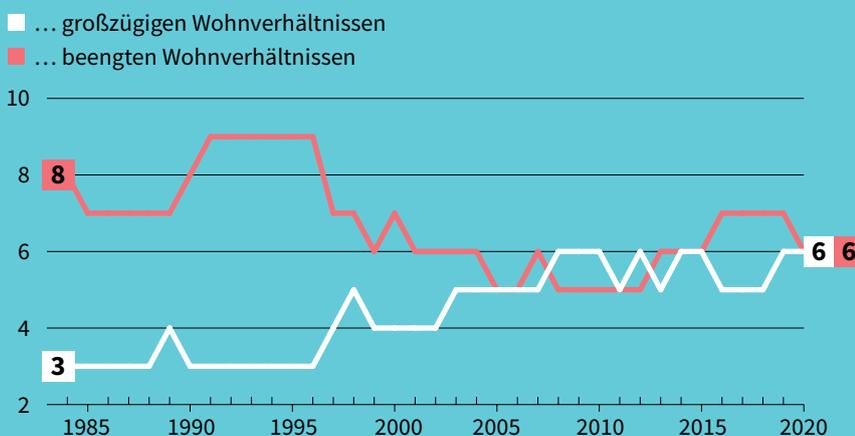
Eine Ursache dafür ist der Remanenzeffekt. Er beschreibt, dass Haushalte nicht umziehen, selbst wenn die Kinder das Haus verlassen oder der Partner stirbt. Eine weitere, aktuelle Ursache dürften die hohen Neumieten aufgrund der Wohnungsknappheit sein – ein Wohnungswechsel lohnt sich für viele schlicht nicht, weil sie für dasselbe Geld andernorts deutlich weniger Fläche bekämen.

Die Energiekrise könnte das Mismatch auf dem Wohnungsmarkt nun verringern, weil die hohen Nebenkosten mehr Menschen dazu bewegen könnten, in eine kleinere, passende Wohnung zu ziehen.

Dennoch wird sich das Missverhältnis so zwar reduzieren, aber ohne Neubauten wird es sich nicht komplett beseitigen lassen – auch wenn die Kosten fürs Bauen derzeit hoch sind.

Mismatch beim Wohnraum in Großstädten

So viel Prozent der Haushalte in deutschen Großstädten lebten in ...



Großstädte: ab 100.000 Einwohner
 Beengte Wohnverhältnisse: Zahl der Wohnräume niedriger als Zahl der Haushaltsmitglieder;
 Großzügige Wohnverhältnisse: Zahl der Wohnräume übersteigt Zahl der Haushaltsmitglieder um drei oder mehr

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

Gute Lage, mäßige Aussichten

Europäische Union. Ein hohes Bildungsniveau ist die Grundlage für Fortschritt und Wohlstand in einer Gesellschaft. Europa hat sich in dieser Hinsicht in den vergangenen Jahren laut einer IW-Studie grundsätzlich positiv entwickelt. Ein genauerer Blick offenbart aber Probleme – auch in Deutschland.

Der Fachkräftemangel ist ein großes Problem für Deutschland – und er wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren wohl weiter verschärfen. In vielen europäischen Ländern sieht es ähnlich aus. Es gibt verschiedene Wege, dem entgegenzuwirken. Anwerben von Fachkräften aus dem Ausland ist einer. Ein anderer ist es, möglichst viele Menschen entsprechend den Bedürfnissen von Unternehmen zu qualifizieren.

Um einen Überblick über den Bildungsstand in Deutschland und der gesamten EU zu erhalten, hat das IW Daten von Eurostat ausgewertet. Dabei erfolgt die Einteilung in drei Kategorien: Als niedrigqualifiziert gilt, wer weder über die Hochschulreife noch eine Berufsausbildung verfügt. Mittelqualifizierte verfügen über einen Berufsabschluss oder die Hochschulreife. Hochqualifizierte sind Hochschulabsolventen sowie Personen mit den Fortbildungsab-

schlüssen zum Meister, Techniker, Fachwirt oder Erzieher.

Die erste Erkenntnis: Das allgemeine Bildungsniveau in Europa ist in den vergangenen beiden Jahrzehnten deutlich gestiegen (Grafik):

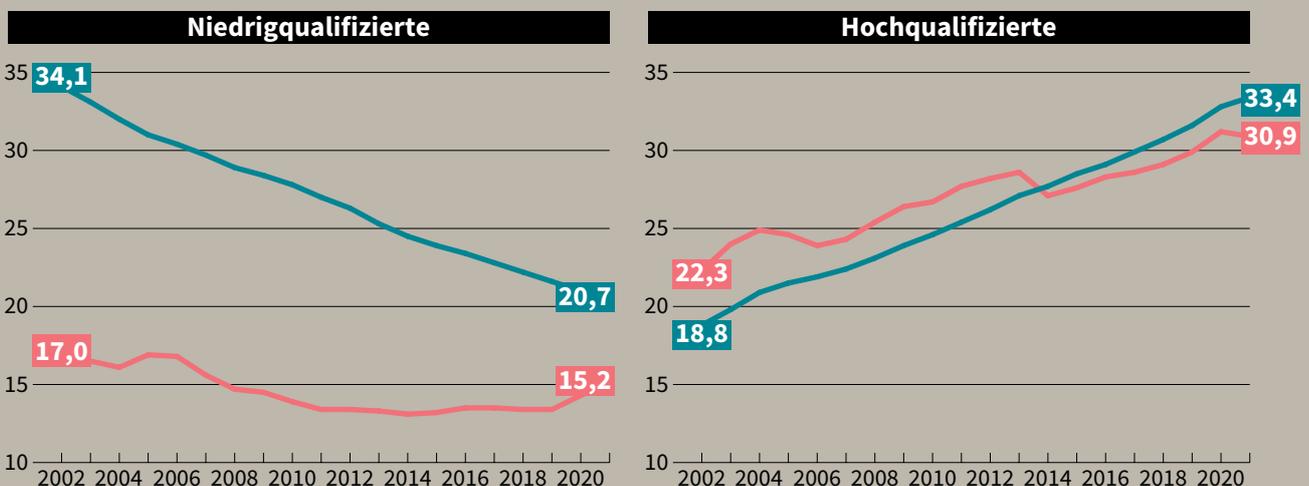
Im Jahr 2002 zählten 34 Prozent der 25- bis 64-Jährigen in der EU-27 zu den Niedrigqualifizierten, im Jahr 2021 waren es nur noch knapp 21 Prozent.

Maßgeblich verantwortlich für die Verbesserung war die positive Ent-

Bildung in der EU: Dynamische Entwicklung

Bildungsstand der 25- bis 64-Jährigen in Prozent

■ EU-27 ■ Deutschland



Rest zu 100: Mittelqualifizierte

Niedrigqualifizierte: ohne Hochschulreife oder Berufsabschluss; Hochqualifizierte: zum Beispiel Hochschulabsolventen, Meister, Techniker

Bildungsstand: Anpassung der Kategorisierung 2013/2014

Quelle: Eurostat

© 2023 IW Medien / iwd

wicklung in Südeuropa. In Deutschland war der Rückgang mit knapp 2 Prozentpunkten auf rund 15 Prozent vergleichsweise schwach.

Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Hochqualifizierten innerhalb der EU von annähernd 19 Prozent auf mehr als 33 Prozent. Einen ähnlichen Trend gab es auch in der Bundesrepublik: Im Jahr 2002 zählte gut jeder Fünfte zur Gruppe der Hochqualifizierten, 2021 waren es fast 31 Prozent.

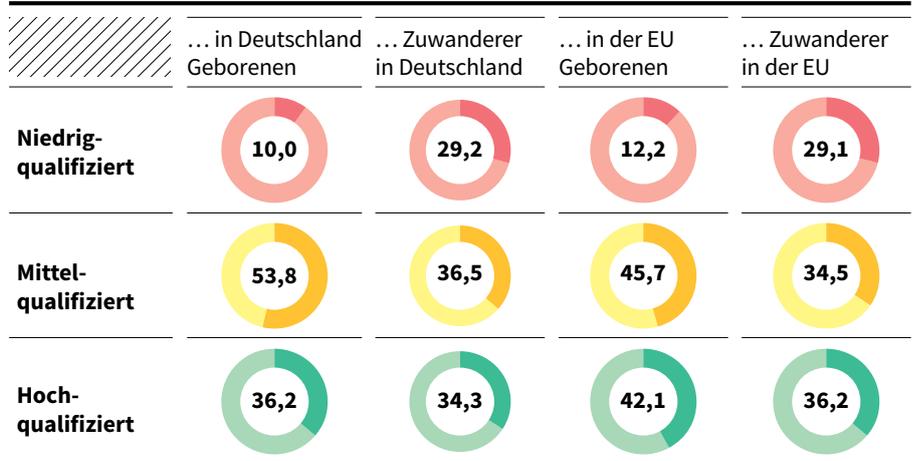
Dabei muss man die starke Stellung der beruflichen Bildung in Deutschland im Blick behalten. So fallen etwa die Krankenpfleger in Deutschland in der Regel in die mittlere Kategorie. Dagegen werden sie in anderen Ländern an Hochschulen ausgebildet und damit auch als Hochqualifizierte gezählt. Das tatsächliche Qualifikationsniveau in Deutschland dürfte also etwas höher sein, als der Vergleich der Bildungsstände impliziert.

Auch wenn sich der Bildungsstand in Deutschland grundsätzlich in die richtige Richtung entwickelt, zeichnen sich dennoch Handlungsbedarfe ab. So ist das Bildungsniveau hierzulande besonders bei der jüngeren Bevölkerung deutlich langsamer gestiegen als im EU-Durchschnitt, was auf eine unzureichende Entwicklungsdynamik im Bildungssystem hinweist. Auch besteht bei einem Teil der Zuwanderer noch weiteres Qualifizierungspotenzial:

Von den nach Deutschland zugewanderten 25- bis 64-Jährigen sind 35 Prozent lediglich niedrigqualifiziert.

Zugewanderte schlechter gebildet

So viel Prozent der ... im Alter von 25 bis 34 Jahren hatten im Jahr 2021 diesen Bildungsstand



Niedrigqualifizierte: ohne Hochschulreife oder Berufsabschluss; Hochqualifizierte: zum Beispiel Hochschulabsolventen, Meister, Techniker; Mittelqualifizierte: mit beruflichem Abschluss und/oder Hochschulreife, ohne Hochschul- oder Fortbildungsabschluss

Quelle: Eurostat
© 2023 IW Medien / iwd



Unter den gebürtigen Deutschen beträgt der Anteil lediglich knapp 10 Prozent. Auch wenn man den Blick ausschließlich auf die Jüngeren legt, sieht es kaum besser aus. So verfügen 29 Prozent der Zugewanderten im Alter von 25 bis 34 Jahren nur über einen niedrigen Bildungsstand. Deutschland liegt damit exakt im EU-Schnitt (Grafik).

Um das Bildungsniveau in den kommenden Jahren zumindest halten und idealerweise verbessern zu können sowie den Fachkräftebedarf abzudecken, sind bildungs- und migrationspolitische Maßnahmen gefragt. So sollten Kinder mit Lernrückständen so früh wie möglich intensiv gefördert werden. Ansonsten drohen sich die Rückstände im Lauf der Schulzeit immer weiter zu vergrößern. Außerdem muss dafür gesorgt werden, dass Kinder aus Familien, in denen kein oder kaum

Deutsch gesprochen wird, eine Kita besuchen und sprachlich gefördert werden.

Eine stark ausgebaute Berufs- und Studienorientierung für Familien ist ein weiterer Baustein. So lassen sich leichter die individuell besten Bildungswege finden.

Darüber hinaus sollte Deutschland weiter daran arbeiten, gezielt Fachkräfte aus dem Ausland für das Leben und die Arbeit im Land zu begeistern. Diese Personen verfügen in der Regel über einen mittleren bis hohen Bildungsstand und können einen wichtigen Beitrag leisten, demografiebedingte Fachkräftelücken zu schließen.

IW-Report 3/2023

Wido Geis-Thöne: Bildungsstand der Bevölkerung im europäischen Vergleich
iwkoeln.de/bildungsstand

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche**285 Prozent**

mehr Ingwer als noch im Jahr 2012 hat Deutschland 2021 importiert. Die knapp 31.600 Tonnen Wurzeln waren 74,6 Millionen Euro wert; im Jahr 2012 hatte Deutschland lediglich 8.200 Tonnen Ingwer für 14,4 Millionen Euro importiert, wie die Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamts offenlegt.

Dass sich die eingeführte Ingwermenge binnen eines Jahrzehnts fast vervierfacht hat, unterstreicht die wachsende Beliebtheit der Knolle: Mit ihr wird gekocht, gewürzt und sie wird zu Getränken verarbeitet. Außerdem gilt sie als Heilpflanze und hilft beispielsweise bei Erkältungen oder Entzündungen.

Der meiste Ingwer für den deutschen Markt stammt aus China – 2021 lieferte das Reich der Mitte mit gut 16.500 Tonnen rund 52 Prozent des Bedarfs, 21 Prozent kamen aus Peru.

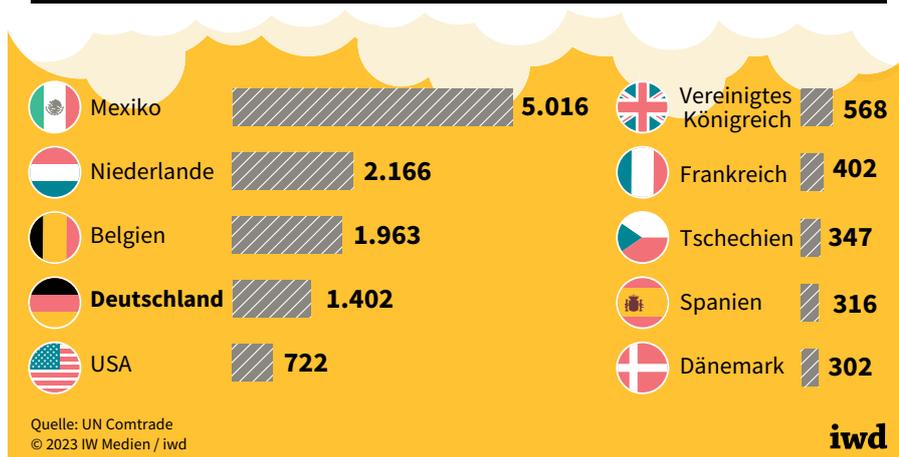
Top-Liste: Bier für die Welt

Deutschland, Land des Bieres? Ja, klar. Aber was den Export betrifft, liegen drei andere Länder vor der Bundesrepublik. Mit großem Abstand an der Spitze steht Mexiko: Mit Ausfuhren im Wert von etwas mehr als 5 Milliarden Dollar entfielen 2021 rund 30 Prozent der weltweiten Einnahmen aus dem Bierexport auf die mexikanische Produktion. Das liegt vor allem an der räumlichen Nähe zum wichtigsten Exportmarkt für die Bierbranche – den USA. Rund drei Viertel des mexikanischen Gerstensafts gingen 2021 in die Vereinigten Staaten.

Lange Zeit führten die Niederlande die Liste der größten Bierexporteure an, 2010 verdrängte Mexiko das deutsche Nachbarland aber von der Spitze. Seitdem haben die Nordamerikaner ihren Vorsprung deutlich ausgebaut: Von 2010 bis 2021 legten die Ausfuhren mexikanischer Marken wie Corona, Modelo und Dos Equis um 167 Prozent zu. Die Nachfrage nach niederländischen Marken im Ausland stieg im gleichen Zeitraum um rund ein Fünftel, der Bierexport aus Deutschland steigerte sich um gut 10 Prozent.

Die größten Bier-Exportländer

Bierexporte in Millionen Dollar im Jahr 2021

**Der iwd auf Instagram**

Auf unserem Instagram-Kanal posten wir regelmäßig spannende Grafiken rund um die Welt der Wirtschaft. Folgen Sie uns, um keinen Beitrag zu verpassen!



[instagram.com/iwd_de/](https://www.instagram.com/iwd_de/)

iwd